

ANTRAG

Der Landesausschuss der CDU Schleswig-Holstein möge beschließen:

Zehn Punkte für den Regierungswechsel 2017

Bei der vergangenen Landtagswahl erzielte die CDU Schleswig-Holstein mit 30,8 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit 1950. Obgleich die Union stärkste Kraft wurde, markiert der 6. Mai 2012 in einer Gesamtschau des bürgerlichen Lagers einen Tiefpunkt in der Geschichte unserer Landespartei. Im Bewusstsein um ihr Potenzial und den Willen ihrer Mitglieder zur Verantwortung für unser Land beschließt die CDU Schleswig-Holstein daher:

1. In Kenntnis um die Komplexität der Gründe für das schlechte Ergebnis und die Langfristigkeit der vorzunehmenden Parteireform eine umfassende externe wissenschaftliche Aufarbeitung der Wahlniederlage einzuholen, die auch auf empirisch erhobenen Daten basiert;
2. Sich angesichts der desaströsen Ergebnisse bei den Erstwählern stärker der jungen Generation zu öffnen. Obgleich die Zukunftsthemen Haushaltskonsolidierung und Bildung die Schwerpunkte bildeten, musste die CDU hier sogar einen Abstrom gegenüber der Landtagswahl 2009 verzeichnen. Im Wissen darum, dass junge Themen wie Netzpolitik auch junge Köpfe brauchen, strebt die CDU Schleswig-Holstein daher an, bei Listenaufstellungen gleich welcher Ebene mindestens jeden fünften Listenplatz mit einer Person unter 35 zu besetzen;
3. In Anbetracht der mangelhaften flächendeckenden Plakatierung im Landtagswahlkampf eine zentralisierte und professionalisierte Plakatierung zu prüfen;
4. Die Leistung der Mandatsträgerabgaben ab der Landesebenen offen zu legen;
5. Eine paritätische Entsendung der Vereinigungen zu der Wahlkampfkommission einzuführen, sodass eine Wiederholung der teils kontraproduktiven Wahlkampflinie durch das Kontrollprinzip vermieden wird;
6. Durch die Funktions- und Mandatsträger verstärkt auch während der Legislaturperiode in den Wahlkreisen durch Plakate und öffentliche Veranstaltungen präsent zu sein;
7. Werbemittel und Dienstleistungen des CDU-Landesverbandes nicht nur an die Geschäftsstellen und Mandats- und Funktionsträger zu kommunizieren, sondern auch die Ortsvorsitzenden über die entsprechenden Angebote zu informieren;

8. Aufgrund der finanziell, personell und organisatorisch angespannten Lage vieler CDU-Verbände in den Städten über einen „Städte-Soli“ zwischen den Kreisverbänden nachzudenken;
9. Partizipationsmöglichkeiten für Nicht-Mitglieder zu schaffen;
10. Die Gesprächskreise für Nichtmitglieder zu öffnen und zu echten Think Tanks der Landespartei auszubauen. Sie müssen bei der Erarbeitung inhaltlicher Positionen eingebunden werden.

Antragssteller: Junge Union Schleswig-Holstein